



Nadine Masshardt und weitere Jugendliche fordern vor dem Rathaus: «Schiebt uns nicht weiter auf die lange Bank!»

Eine Stimme für die Jugend

Knapper Sieg für das **Stimmrechtsalter 16** in der ersten Lesung im Grossen Rat

So nah waren wir noch nie dran: am aktiven Stimmrecht 16. Und damit verbunden an einer stark verbesserten politischen Einbindung der Jugendlichen. Mit dem knappen Ja des Grossen Rates letzte Woche hat fast schon der Abstimmungskampf begonnen.

Nadine Masshardt

16- und 17-Jährige müssen im Kanton Bern Steuern zahlen. Sie können aber auch einen Lehrvertrag unterschreiben, als Sportstars in aller Welt ihre Heimat vertreten, bei MusicStar teilnehmen oder über ihre Religionszugehörigkeit entscheiden. Ihnen trauen wir die sexuelle Mündigkeit zu, aber stimmen und wählen sollen sie nicht können? Diese Skepsis gegenüber der Urteilsfähigkeit dieser Jugendlichen erstaunt.

Geist statt nur Fassade

Derweil grassiert in unserer Gesellschaft ein Jugendwahn. Man will jünger aussehen, als man ist. Auch das Benehmen und die Aktivitäten vieler Erwachsener richten sich an einer äusserst clihtierten Jugendlichkeit aus. Im gesellschaftlichen und medialen Interesse steht die real existierende Jugend dagegen meist nur, wenn sie negativ auffällt. Die Fassade der Jugend scheint also mehr zu interessieren als der Geist. SP und JU-SO dagegen sind sehr interessiert an Ideen und Meinungen Jugendlicher zu Gegenwart und Zukunft. Nichts als logisch, dass wir junge Menschen auch rechtzeitig am politischen Leben teilhaben und Verantwortung übernehmen lassen wollen.

Bessere politische Bildung

Die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters von 18 auf 16 Jahre ist so ein Beispiel. Sie zöge ohne viel Aufwand eine verbesserte politische Bildung nach sich, da der Unterricht praxisnaher würde. Auch die Lücke zwischen politischer Bildung in der obligatorischen Schulzeit und Beginn des Stimmrechts könnte geschlossen werden. Hier muss die Politik einen Schritt auf die Jungen zugehen, und nicht nur umgekehrt. Jugendlichen muss klar werden, was Politik konkret mit ihrem Lebensalltag zu tun hat. Heute nehmen viele Junge Themen, die sie beschäftigen, nicht als politisch wahr – obwohl sie es sind: Lehrstellenkrise, Klimakatastrophe, verbesserter Tierschutz, der Nachtbus bis vor die Haustüre oder Hunger in Entwicklungsländern.

Mehr Generationengerechtigkeit

Das aktive Stimmrecht 16 ist aber mehr als ein nettes Zückerchen an politisch interessierte Jugendliche. Die Bevölkerungsentwicklung wird dazu führen, dass ältere Generationen an der Urne immer dominanter werden. Bei Abstimmungen und Wahlen, bei denen es oft um weit

reichende Entscheide geht, ist ein Ausgleich besonders dringend. Die Einbindung von zwei zusätzlichen Jahrgängen in die politische Entscheidungsfindung bringt nicht nur eine höhere demokratische Abstützung, sondern gibt der jungen Generation an der Urne auch ein angemessenes Gewicht.

Demokratie stärken

Auch wenn dereinst längst nicht alle Jungen an die Urne rennen: Es gibt keinen vernünftigen Grund, jenen dieses Recht zu verweigern, die interessiert sind und mitbestimmen wollen. Aus der Erfahrung wissen wir: Politisches Interesse ist keine Frage des Alters. Der Staat muss sich an den Interessierten orientieren und diese stärken. Das Interesse junger Menschen wächst mit den Möglichkeiten, politische und gesellschaftliche Entwicklungen direkt zu beeinflussen. Mehr Demokratie erreichen wir mit der Einbindung möglichst vieler Menschen. Dazu gehören im 21. Jahrhundert sicher auch die 16- und 17-Jährigen.

Nadine Masshardt, 24, ist die jüngste Grossrätin und Präsidentin der JUSO Kanton Bern

NOCH EIN DRITTES UND VIERTES JA

Am 5. Juni 2007 stimmte eine Mehrheit im Grossen Rat der Einführung des Stimmrechtsalters 16 zu. Am 30. März 2009 erfolgte das zweite Ja zur Senkung des aktiven Stimmrechtsalters. Jetzt braucht es in der zweiten

Lesung im kommenden Juni ein drittes und in der anschliessenden Volksabstimmung ein viertes Ja. Damit würde Bern nebst Glarus zu einem weiteren Pionierkanton in Sachen aktivem Stimmrecht 16.

TSCHOU

Sicherheit muss sein!

Die soziale Sicherheit macht Schlagzeilen, vor allem negative: Bald 10 Milliarden Schulden bei der Arbeitslosenversicherung, massive Unterdeckung



bei den Pensionskassen, Missbrauch in der Sozialhilfe. Soziale Sicherheit ist nicht mehr sicher. Dieser Eindruck

soll uns allen vermittelt werden. Jetzt in der Krise fordern die Bürgerlichen überstürzte Sanierungen, welche sie – wie bei der Arbeitslosenversicherung – bisher jahrelang verzögert haben. Mit diesen überstürzten Sanierungen und Massnahmen besteht die Gefahr, die Krise weiter zu verstärken. Denn sie zerstören das Wichtigste: Sicherheit und Vertrauen. Nur wenn sich alle wieder sicherer fühlen, kann der Krise der Garaus gemacht werden.

Gerade in der Krise brauchen wir Sicherheit für alle: Die Sicherheit bei einem Jobverlust nicht vor dem Nichts zu stehen, die Sicherheit, dass der Staat sinnvolle Investitionen vorzieht, um Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch die Sicherheit einen Krippenplatz zu erhalten und im Alter nicht mit einer leeren Pensionskasse dazustehen. Das alles ist soziale Sicherheit und die SP kämpft weiter dafür, dass diese Sicherheit Kernaufgabe des Staates bleibt.

Soziale Sicherheit braucht auch die Sicherheit – oder mindestens die schön formulierte «an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit», dass sie nicht missbräuchlich in Anspruch genommen wird. Missbrauch ist unsozial, unsolidarisch und zerstört das Vertrauen in die soziale Sicherheit. Deshalb unterstützt die SP in sinnvollem und klar geregelt Rahmen auch die Sozialinspektion.

Die soziale Sicherheit in der Wirtschaftskrise steht auch auf dem Programm des nächsten Parteitags. Wir sollten sicher weiter vorausdenken.

Daniel Furter ist Parteisekretär der SP Kanton Bern

SPITZE FEDER

Die lustigen Jahre sind vorbei

Am 6. April trifft sich der Grosse Rat zu einer Sondersession über die Finanzkrise. Konkret abge-



handelt wird das Thema hauptsächlich auf der Grundlage von Vorschlägen der SP

Die arme SP: Da steht sie national

gesehen links von der grossen Mehrheit, und doch verbreiten Rechtspopulisten über Jahre und offenbar allen Ernstes, im Land herrsche der Sozialismus. Wo die SP doch in so vielen Fragen wahnsinnig brav und gemässigt ist! Von links lässt sie sich gerade deshalb leicht kritisieren, verhöhnen als Partei des saturierten Mittelstands, der Lehrerinnen und Beamten, Cüplisozialisten allesamt! Doch auch wer gern letzterer Perspektive zuneigt und zumindest kommunal tendenziell jüngere und alternativere Menschen wählt, mag sich derzeit gelegentlich umschauen und finden: Da steht sie ja, die SP, kämpft und fordert und reisst sich den Allerwertesten auf.

Und schreibt Papiere wie jene, die im Grossen Rat am 6. April besprochen werden sollen. Wenn nicht alles täuscht, atmen die Forderungen stellenweise den Geist John Maynard Keynes'. Und haben einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Auge, wie ihn linke Optimisten angesichts der Krise für realistischer als auch schon halten. Ja, warum nicht: Sing du es, arme, brave, fleissige SP, sing das Lied vom Postkapitalismus. (Damit wir uns richtig verstehen: Nicht das Lied vom Kapitalismus des gelben Riesen, der laufend Stellen aufhebt und Kästen abmontiert, sondern «post» im Sinne von «überwunden» – schon klar, ja?)

Christoph Hämmerli arbeitet als Velokurier und studiert Zeitgeschichte in Freiburg und Bern. In einem früheren Leben war er Bankkaufmann.

Ja zur Komplementärmedizin

Simonetta Sommaruga fordert ein klares Ja am 17. Mai

Am 17. Mai stimmen wir über den Verfassungsartikel zur Komplementärmedizin ab. Ständerätin Simonetta Sommaruga nimmt Stellung zu den Vorteilen und Folgen eines Ja.

Du engagierst dich seit Langem für die Komplementärmedizin. Weshalb?

Die Komplementärmedizin wurde in den vergangenen Jahren immer stärker an den Rand gedrängt. Das finde ich falsch, weil diese Medizin gerade für chronisch kranke und schwer kranke Menschen nachweislich viel zu bieten hat. Ich möchte Schul- und Komplementärmedizin nicht gegeneinander ausspielen, sondern eine sinnvolle Zusammenarbeit fördern.

Worüber stimmen wir am 17. Mai genau ab?

Wir stimmen über einen neuen Verfassungsartikel ab, der die Komplementärmedizin innerhalb des Gesundheitswesens stärken will. Die Forderungen sind sehr konkret: Die fünf komplementärmedizinischen Methoden, unter anderem die Homöopathie, sollen wieder über die Grundversicherung abgerechnet werden können. Der Zugang zu komplementärmedizinischen Heilmitteln soll vereinfacht werden. Schliesslich soll es für TherapeutInnen oder NaturheilerInnen nationale Diplome geben. Die PatientInnen sollen die Gewissheit haben, dass sie nicht einem Scharlatan in die Hände geraten.

Früher wurde die Komplementärmedizin durch die Krankenkassen bezahlt, weshalb wurde dies geändert?

Bundesrat Couchepin strich im 2005 die fünf komplementärmedizinischen Methoden aus der Grundversicherung, ohne die Resultate einer wissenschaftlichen Studie abzuwarten. Diese hätte aber gezeigt, dass die fünf Methoden wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind und deshalb ihren Platz in der Grundversicherung haben. Der Entscheid hatte für ältere und kranke Menschen sowie Kinder mit Geburtsgebrechen schlimme Folgen: Sie können keine Zusatzversicherung abschliessen und haben damit keinen Zugang mehr zu diesen wichtigen Therapien.

Mit einem Ja am 17. Mai soll die Abrechnung über die Grundversicherung in Zukunft wieder möglich sein, aber nur, wenn diese Methoden



Für SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga müssen sich Komplementärmedizin und Schulmedizin sinnvoll ergänzen. FOTO: ZVG

von ÄrztInnen mit FMH-Titel und einer anerkannten Zusatzausbildung verschrieben werden.

Wie siehst du die Entwicklung bei den Kosten im Gesundheitswesen?

Die anstehenden Prämien erhöhungen machen mir grosse Sorgen. Sie treffen vor allem die Familien und dies in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. Es gibt im Gesundheitswesen ein beträchtliches Sparpotenzial: Bei den Medikamentenkosten könnten wir – ohne jede Qualitätseinbusse – jährlich weit über 500 Millionen Franken einsparen. Durch eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen ÄrztInnen und den Spitälern sind ebenfalls Einsparungen möglich, die erst noch zu einer besseren Betreuung führen. Solche Einsparungen sind bis jetzt am Widerstand der jeweiligen Lobbys gescheitert. Es geht um sehr viel Geld!

Welche Rolle spielt die Komplementärmedizin bei den Kosten?

Die Streichung der fünf Methoden aus der Grundversicherung hat für die Versicherten zu massiv höheren Kosten geführt. Während die fünf Methoden früher Kosten von 25 Mio. Franken verursacht hatten, mussten die Versicherten nachher im Rahmen

der privaten Zusatzversicherungen fast 250 Millionen Franken an Prämiegeldern bezahlen – und dies für mehr oder weniger die gleichen Leistungen. Das war für die Privatversicherungen ein Riesengeschäft! Mit der Wiederaufnahme in die Grundversicherung sind keine höheren Kosten zu erwarten, im Gegenteil: die Komplementärmedizin arbeitet in vielen Fällen günstiger als die Schulmedizin, gerade bei chronischen oder schweren Krankheiten.

Wann treten die Änderungen bei einem Ja in Kraft?

Die Annahme des Verfassungsartikels bedeutet nicht, dass diese Forderungen schon automatisch umgesetzt sind. Parlament und Bundesrat sind für die konkrete Umsetzung gefordert. Ein wuchtiges Ja am 17. Mai stärkt uns den Rücken, weshalb ich alle bitte, den Verfassungsartikel mit einem JA zu unterstützen.

Was ist dein überzeugendstes Argument für ein Ja am 17. Mai?

Im Gesundheitswesen brauchen wir die Schulmedizin und die Komplementärmedizin. Sie sollen sinnvoll zusammenarbeiten, sich ergänzen und für eine optimale Betreuung der PatientInnen sorgen. Dazu brauchen wir am 17. Mai ein Ja.

Wir würden es wieder tun!

Drei SP-Frauen berichten von ihren **Erfahrungen im Wahlkampf**

Dana Augsburger-Brom aus Biel/Bienne und Stefanie Loser-Fries aus Langenthal kandidierten 2006 für den Grossen Rat. Annemarie Berlinger-Staub aus Köniz trat zu den Nationalratswahlen 2007 an. Alle drei wurden nicht gewählt, würden es aber wieder tun.

Was hat euch bewogen für den Grossen Rat oder den Nationalrat zu kandidieren?

Dana: Ich wurde von meiner Sektion für diese Kandidatur angefragt. Die politische Mitwirkung; vor allem von uns Frauen, betrachte ich in allen Bereichen als wertvoll. Mich interessieren aber vorzugsweise parlamentarische Aufgaben wie Entscheidungen treffen, sich für diese einsetzen, argumentieren, mittragen. Ich konnte die Anfrage somit nicht abschlagen.

Annemarie: Ich wollte die Chance packen. Zudem stört es mich extrem, dass es so wenig Frauen und Mütter im Nationalrat hat. Nach dem Motto etwas machen statt jammern, kandidierte ich. Wir haben in unserer Demokratie Möglichkeiten mitzureden und die wollte ich nutzen!

Stefanie: Ich wollte mich nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf kantonaler Ebene engagieren. Die Arbeit im Stadtrat hat mir gezeigt, dass viel im Kanton entschieden wird. Ich wollte bei wichtigen Entscheidungen, die unser Leben beeinflussen, mitreden und -gestalten.

Habt ihr nach den Grossratswahlen ein anderes politisches Mandat übernommen?

Annemarie: Ich war bereits seit 2004 im Gemeindeparlament und habe im Herbst 2007 das Co-Präsidium der SP Köniz übernommen.

Dana: Ich bin seit letztem Sommer im Bieler Stadtrat. Im Januar wurde ich in die stadträtliche PPP-Kommission gewählt. Ich bin im Vorstand unserer Sektion und in der Geschäftsleitung der Gesamt-SP Biel.

Stefanie: Ich war schon vorher im Langenthaler Stadtrat. Bei den letzten Wahlen habe ich für den Gemeinderat und den Stadtrat kandidiert. Leider wurde ich nicht in den Gemeinderat gewählt, kann aber meine Arbeit als Stadträtin weiterführen. Seit 2009 bin ich zudem Fraktionspräsidentin der SP/Grünen Langenthal.

An welche Situation als Kandidatin könnt ihr euch noch bestens erinnern?

Dana: An die Tour-du-Seeland per Velo. Die Gruppen fuhren durch das ganze Seeland und trafen sich dann auf dem Zentralplatz in Biel. Wir assen Suppe und löschten mit SympatisantInnen und interessierten PassantInnen den Durst.

Annemarie: Micheline Calmy-Rey hat an der HV der SP Frauen ein Referat gehalten. Ich war dort mit meiner einen Monat alten Tochter Carla. Es gibt ein Foto mit Micheline, Carla und mir. Ich war beeindruckt, die damalige Bundespräsidentin so nah zu erleben.

Stefanie: Der gesamte Wahlkampf hat mich geprägt. Ich habe gelernt, wo und wie ich mich verbessern kann, welches meine Stärken, aber auch welches meine Schwächen sind. Ich konnte Grenzen ausloten und an den Erfahrungen wachsen.

Von welchen Erfahrungen konntet ihr profitieren?

Stefanie: Es waren meine ersten grossen Wahlen. Ich wusste nicht, wie ich vorgehen sollte, und habe mich dabei oft verzettelt. Deshalb habe ich am Mentoring-Projekt der SP-Frauen mitgemacht. Von meiner Mentorin Margret Kiener Nellen habe ich gelernt, wie man einen Wahlkampf führt.

Annemarie: Der Kurs «Sicherer Sprechen vor Publikum» war super. Zudem habe ich verschiedenste SP-Frauen und -Männer aus dem ganzen Kanton kennen gelernt.

Dana: Die Kontakte mit anderen Kandidierenden blieben zum Teil bestehen. Die Verbindung zu anderen Sektionen, Regionen oder ParlamentarierInnen kann informativ und interessant sein.

Wo liegen heute eure politischen Prioritäten?

Dana: Mein Einsatz im Bieler Stadtrat ist nicht nur persönlich und auf freiwilliger Basis. Ich wurde auch vom Bieler Volk gewählt. Das freut mich, und dort setze ich auch meine Priorität.

Stefanie: Ich konzentriere mich auf meine Arbeit im Stadtrat und das Fraktionspräsidium. Weiter engagiere ich mich in der Volksschulkommission und im Vorstand der SP Langenthal.

Annemarie: Im Moment ganz sicher in der Gemeindepolitik – wir haben im November 2009 Wahlen. In Zukunft aber vielleicht auch auf einer «höheren» Ebene ...

SP-FRAUEN

Wahlen 2010 – Deine Chance ...

Die SP-Frauen des Kantons Bern haben sich für die kommenden Grossratswahlen 2010 das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Listen in den Regionalverbänden geschlechterparitätisch zu besetzen. Für unsere Partei, welche die Gleichstellung nicht nur fordert, sondern auch umsetzen will, muss dieses Ziel erreicht werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte allerdings, dass dies nur mit grosser Sensibilisierung und mit einer Motivationsoffensive für potenzielle Kandidatinnen möglich ist. Wie wir von allen Wahlen wissen, kann es nicht nur gewählte Siegerinnen geben. In den nächsten Ausgaben von links.be werden wir auf der Frauen-Seite aber aufzeigen, dass bei der SP Kanton Bern auch die nicht gewählten Frauen als Siegerinnen aus den Wahlen hervorgehen können. Sei es, dass die neuen Erfahrungen und zusätzlich erlangten Kompetenzen, z. B. in Rhetorik, für die weitere berufliche oder private Karriere dienlich waren, sei es, dass die neu entstandenen Netzwerke für künftige Wahlerfolge auf anderen Ebenen (z. B. Gemeinde) genutzt werden konnten. Ehemalige Kandidatinnen der Nationalrats- und Grossratswahlen haben sich zu Interviews bereit erklärt und berichten über ihre Erfahrungen in der Zeit während und nach den Wahlen. Die vollständigen Interviews – auch mit weiteren Kandidatinnen findet ihr auf unserer Homepage www.frauen.spbe.ch

Leitungsgremium SP-Frauen



Dana Augsburger-Brom, Stefanie Loser-Fries und Annemarie Berlinger-Staub versuchten ihr Glück bei den letzten Wahlen.

SCHLUSSPURT

Kein Tschernobyl in Mühleberg

Am 26. April 1986 ereignete sich der Reaktorunfall im Block 4 des AKW von Tschernobyl und erschütterte die Menschen in aller Welt. Eine atomare Wolke breitete sich über weiten Teilen Europas aus. Heute ist fast alles vergessen. Die Folgen dieser atomaren Katastrophe werden aber niemals verschwinden. Dies gilt vor allem für die Tschernobyl umgebenden Länder Russland, Ukraine und Weissrussland. Viele Menschen sind inzwischen an Schilddrüsenkrebs, Magen-Darm-Erkrankungen, Herz- und Bluterkrankungen, Leukämie, Brustkrebs und Organkrebs-Erkrankungen, Jugend-Diabetes und Immunschwächen erkrankt oder gestorben.

Die Tschernobyl-Katastrophe war vor 23 Jahren. Heute verlangt die BKW eine unbefristete Betriebsbewilligung für ihr AKW Mühleberg. Die unbefristete Betriebsbewilligung für Mühleberg hätte als erstes Verfahren nach neuem Atomgesetz verhandelt werden sollen. Die BKW versucht ein ordentliches Verfahren zu umschiffen, indem sie eine Gleichberechtigungsklage einreichte, da die anderen Schweizer AKW eine unbefristete Betriebsbewilligung haben. Das AKW Mühleberg ist 37 Jahre alt und gehört weltweit zu den ältesten der noch in Betrieb stehenden 439 Reaktoren. Der Umgang

mit den Rissen im Kernmantel des AKW Mühleberg belegt, dass Betreiber und Behörden unverantwortlich handeln. Der Entscheid um die Betriebsbewilligung soll jetzt ohne Sicherheitsabklärung erfolgen. Ein Skandal!

Deshalb fordert die SP gemeinsam mit anderen Organisationen an der Demo zum Tschernobyl-Jahrestag am 26. April 2009: keine unbefristete Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg, kein Bau neuer Atomreaktoren und den Ausstieg aus der Atomenergienutzung.

DEMO

Kein Tschernobyl in Mühleberg

am 26. April 2009

Münsterplatz Bern, 13–15 Uhr
Mit einem Konzert von Mundartisten
www.keintschernobyl.ch

Der starke Personalverband **BSPV**



Wir kämpfen für unsere Mitglieder!

Und beraten Sie gerne:
www.bspv.ch, 031 311 11 66.

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

AGENDA

29. APRIL, 19 UHR
Parteitag, Hotel National, Bern

1. MAI
Maifeiern an diversen Orten (siehe Rotes Brett)

16. JUNI, 18.30 UHR
Bildungsveranstaltung Vorstandarbeit: Planung und Finanzen, Bern

16. SEPTEMBER, 19 UHR
Parteitag, Hotel Kursaal, Bern

Anmeldung für Veranstaltungen:
toni.marbot@spbe.ch

IMPRESSUM

Herausgeberin:
SP Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1096, 3000 Bern 23
Telefon 031 370 07 80
links.be@sp-be.ch
Spenden: PK 30-895-9
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste
Ausgabe: 27. April 2009

Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch

NEU

ROTES BRETT

ALS SP-MITGLIED 5 FRANKEN VERGÜNSTIGUNG IM: Alten Schlachthaus in Herzogenbuchsee

Fabrikstrasse 4, 3360 Herzogenbuchsee, 078 679 43 23, www.altesslachthaus.ch

Sa. 18. April, 20 Uhr: **Lesung mit Bänz Friedli**, Hausmann und Kolumnist. Wortgewandt präsentiert Friedli seine Alltagsgeschichten und treibt dem Publikum die Lachtränen in die Augen.

So. 26. April, Brunch 10 Uhr, Konzert 11 Uhr: **Brunch mit den Wäfler Brothers**. Die Wäfler Brothers aus Derendingen spielen traditionellen Bluegrass Sound. Ticketreservation unter info@altesslachthaus.ch

Mit dem SP-Mitgliederausweis erhältst du an der Abendkasse 5.– Rabatt (nicht kumulierbar)

1. MAI 2009 IM KANTON

Bern, Freitag: 16 Uhr Umzug von der Kramgasse zum Bundesplatz. Ansprachen von Barbara Egger, Regierungspräsidentin SP und anderen. Ab 17 bis 22 Uhr Festbetrieb auf dem Bundesplatz mit Konzerten von Addam Had'em und Stiller Has.

Burgdorf: Ab 17 Uhr auf der Gebrüder-Schnell-Terasse. Ansprachen von Christine Goll, SP-Nationalrätin, Nik Messerli, SP-Stadtrat, und anderen. Risottoessen und Festbetrieb mit der Harmoniemusik Burgdorf und «Sméar Dubh», Volksmusik aus Osteuropa und Irland.

Herzogenbuchsee: Ab 18 Uhr Festbetrieb im Kornhaus. 20 Uhr Ansprache von Angeline Fankhauser, alt SP-Nationalrätin. Konzert von Just Voices.

Oberbipp: Ab 13.20–20 Uhr Maifeier in der Waldhütte im Längwald mit Ansprachen, Grillieren und gemütlichem Beisammensein.

Roggwil: Ab 13.30 Uhr im Kirchgemeindehaus Roggwil. Ansprachen von Andreas Rickenbacher, Regierungsrat SP, und Yolanda Büschi, SP-Sektionspräsidentin. Festwirtschaft mit der Musikgesellschaft Roggwil.

Thun: 15 Uhr Besammlung auf dem Rathausplatz, Umzug mit Soundmobil und Tanzgruppe aus Kosovo. Ab 16.30 Uhr Ansprachen von Andreas Rickenbacher, Regierungsrat SP, Reto Keller, Kandidat Regierungsstatthalter, und anderen. Festbetrieb mit Konzerten, Risotto, Crêpes und Tombola. Ab 22.00 Uhr After-Party im The Rock.

Unterseen: Ab 18 Uhr auf dem Stadthausplatz/Gemeindesaal Unterseen. Ansprachen von Barbara Egger, Regierungspräsidentin SP, Kaspar Boss, Co-Präsident SP Region Berner Oberland, und anderen. 17.45 bis 20 Uhr Festbetrieb mit Konzert der Band Tächa.

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch